

Landesverband strategisch (neu) aufstellen

Antragstellende Personen: Janine Burkhardt (KV Lüneburg), Janis Wisliceny (KV Lüneburg), Thorben Peters (KV Lüneburg), Ruth Rogée (KV Lüneburg), Martin Hollstein (KV Lüneburg), Manuela Mast (KV Celle), Vincent Rode (KV Lüneburg), Bärbel Swinfen (KV Northeim)

Beschlussvorschlag:

Der Landesparteitag möge beraten und beschließen, dass zeitnah eine Strategiekonferenz (ähnlich derer im Jahr 2020 auf Bundesebene) auf Landesebene durchgeführt wird, um den Landesverband neu aufzustellen. Hierbei werden die Mitglieder des Landesverbandes dazu aufgefordert sich in den Prozess mit einzubringen.

Ziele dieser Strategiekonferenz sollen folgende sein:

- Evaluierung der bisherigen politischen Praxis des Landesverbandes und Erarbeitung der daraus resultierenden Konsequenzen
- Erarbeitung gemeinsamer politischer Ziele sowie einer Strategie zu ihrer Umsetzung (Backcasting)
- Herausarbeiten struktureller Probleme und Herausforderungen sowie Erarbeitung von Lösungsvorschlägen (z.B. Kreisverbände, LAGs und Gremien)

Die Ergebnisse der Strategiekonferenz sind als Protokoll festzuhalten.

Begründung:

Nach den Misserfolgen der letzten Landtags- und Kommunalwahlen ist es dringend notwendig, die politische Praxis der Landespartei kritisch zu überprüfen. Angesichts der Lage der Bundes- aber auch Landespartei kann nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen werden. Eine Aufarbeitung der Gründe für die letzte Wahlniederlage steht aus, sieht man etwa von der Wahlanalyse der RLS durch Horst Kahrs ab, die jedoch hauptsächlich auf parteiexterne Ursachen fokussiert. Die Stellungnahme durch den Landesvorstand war ein Schritt in die richtige Richtung, jedoch bei weitem nicht ausreichend. In der Vergangenheit blieben Debatten über die Probleme der Partei zu häufig folgenlos. Es ist jedoch notwendig für die Weiterentwicklung aus den Debatten Konsequenzen zu ziehen.

Um die Handlungsfähigkeit der Landespartei zukünftig zu verbessern, schlagen wir zwei Schwerpunktsetzungen einer durchzuführenden Strategiekonferenz vor: 1. Inhaltlich, 2. Strukturell.

1. Für den inhaltlichen Teil der Konferenz liegt die Idee zu Grunde, a) das übergeordnete inhaltlich zu bestimmende politische Ziel der Parteiarbeit gemeinschaftlich zu bestimmen; b) dies soll dazu dienen, eine Strategie zu erarbeiten, wie das gesetzte Ziel erreicht werden kann. c) Von dort aus sollte es möglich sein, verschiedene Aktionsformen und politische Inhalte mit den Ressourcen und Kapazitäten der unterschiedlichen Kreisverbände umzusetzen. Die Idee dabei ist, der Arbeit der Kreisverbände ein gemeinsames Ziel und einen roten Faden für ihre Aktionen zu entwickeln. Das soll Synergien freisetzen und Kooperationsmöglichkeiten schaffen. Gleichzeitig könnte damit dem Problem begegnet werden, dass die Kreisverbände bisher zu wenig auf gemeinsame konkrete Ziele hinwirken, die in Kooperation angegangen werden (können).

2. Es wäre zu prüfen, ob die Strukturen, Gremien und Aufgabenverteilungen und Verfahrensweisen innerhalb der Landespartei so beschaffen sind, dass sie eine erfolgreiche politische Arbeit erleichtern oder sich als hinderlich herausstellen. Das Ziel ist hierbei eine kritische und ergebnisoffene Bestandsaufnahme, die es uns ermöglicht Potentiale und Probleme zu identifizieren. Auf dieser Grundlage sollen Verbesserungsvorschläge erarbeitet werden. Der Zusammenhang zwischen gewählten politischen Zielen und den dafür nötigen strukturellen und prozessualen Bedingungen sollte dabei berücksichtigt werden. Beispielsweise wird durch die negative Mitgliederentwicklung in einigen Kreisverbände die politische Praxis vor Ort erschwert.

Die bisherigen guten Erfahrungen mit der breiten Beteiligung und dem großen Interesse der Mitgliedschaft an der Strategiekonferenz der Bundespartei im Jahr 2020 lassen, abgesehen von der politischen Notwendigkeit, eine erfolgreiche Strategiekonferenz in Niedersachsen aussichtsreich erscheinen.

Um die Partei neu auszurichten und hinter einem gemeinsamen politischen Projekt zu versammeln, ist die umfangreiche Beteiligung der Mitgliedschaft des Landesverbandes notwendig. Ein gemeinschaftliches Projekt der Erneuerung wird die notwendige Zustimmung, Beteiligung und Motivation der Mehrheit voraussichtlich nur durch ein inklusives und basisdemokratisches Verfahren erlangen können.